

Thema des Monats

LEICHTER BAUEN

Angesichts des steigenden Bedarfs an Wohnraum will Niedersachsens Bauminister Olaf Lies (SPD) den Bau von Wohnungen erleichtern. „Wir müssen wieder Anreize setzen, dass privates Kapital oder Kapital von Gesellschaften in die Schaffung von Wohnraum investiert wird“, sagte Olaf Lies bei der Vorstellung des Wohnungsmarktberichtes. „Dafür müssen wir von Normen runter, es erleichtern, es günstiger machen.“

Maßnahmen dafür sollen mit einer Novellierung der Bauordnung bis zum Sommer 2024 geschaffen werden. Um die Wohnbaukosten für den Neubau und den Umbau im Bestand zu senken, sollen demnach die Standards und Normen herabgesetzt und keine zusätzlichen Anforderungen gestellt werden, kündigte Lies an.

Der vorgestellte Wohnungsmarktbericht prognostiziert, dass bis zum Jahr 2040 knapp 237.000 zusätzliche Wohnungen in Niedersachsen benötigt werden. Der Höchststand der Haushaltszahlen und des Neubaubedarfs werde zum Jahreswechsel 2030/2031 erwartet, hieß es.



Olaf Lies,
Bauminister des Landes
Niedersachsen

Bildungspartnerschaft: SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen und Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen

Im November sind das Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen und der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen eine Bildungspartnerschaft eingegangen. Ziel ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen für die berufliche Orientierung von Schülerinnen und Schülern. Die Bildungspartnerschaft hat das Ziel, Schülerinnen und Schülern einen praxisnahen Einblick in die Bauindustrie und deren Berufsfelder zu ermöglichen und ihre berufliche Orientierung und Bildung zu fördern. Dabei sollen insbesondere folgende Ziele erreicht werden:

- Information: Schülerinnen und Schüler werden über Berufsbilder und Karrieremöglichkeiten in der Bauindustrie informiert.
- Praxiserfahrung: Schülerinnen und Schüler erhalten die Möglichkeit, Praktika, Betriebsbesichtigungen und Workshops in Unternehmen bzw. Ausbildungszentren der Bauindustrie durchzuführen.
- Unterstützung bei der Berufswahl: Schülerinnen und Schülern werden bei der Entscheidungsfindung bezüglich ihrer beruflichen Zukunft aktiv unterstützt und erhalten, soweit dies erwünscht und möglich ist, konkrete Ausbildungsplatzangebote in der Bauindustrie unterbreitet.

Um die genannten Ziele zu erreichen, plant der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen mit Unterstützung von SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen diverse Aktivitäten wie z.B.:

- Teilnahme bzw. Organisation von Berufsinformationstagen und Karriere-Events in Schulen, bei denen Vertreterinnen und Vertreter der Bauindustrie Einblicke in die verschiedenen Berufsfelder und Karrieremöglichkeiten geben.
- Vermittlung von Praktikumsplätzen und Betriebsbesichtigungen in Unternehmen der Bauindustrie für Schülerinnen und Schüler.
- Durchführung von Berufsorientierungsangeboten, im Zuge derer insbesondere Potenzialanalysen sowie praxisnahe Erkundungen der Berufsbilder der Bauindustrie stattfinden.
- Unterstützung von Lehrkräften bei der Integration von berufspraktischen Inhalten in den Unterricht.

Die Partner präsentieren die gemeinsamen Aktivitäten und Erfolge im Rahmen der Bildungspartnerschaft gemeinsam der Öffentlichkeit und informieren darüber. Dies wird durch Pressemitteilungen, Website-Veröffentlichungen, soziale Medien oder andere geeignete Kommunikationskanäle erfolgen.

INHALTSVERZEICHNIS

1 Thema des Monats

Leichter bauen
Bildungspartnerschaft

2 Kommentar / Forum Nord

Jetzt erst recht!
Jutta Beeke wiedergewählt
Wohnungsbau rutscht ab

3 Forum Nord

Klimaschutz ist ein sehr
wichtiges Thema

4 Forum Nord

Fortsetzung – Klimaschutz
ist ein sehr wichtiges Thema
Alfred Döpker gewinnt
Großen Preis des Mittelstandes

JETZT ERST RECHT!

Für Unglaube, Schock und Häme sorgte Ende November das Bundesverfassungsgericht, als es untersagte, dass 60 Milliarden Euro aus der Corona-Hilfe in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) des Bundes umgeleitet werden. Von diesem gewaltigem Aderlass ist die Bauindustrie in besonderem Maße betroffen. Allein die Deutsche Bahn sollte vom Bund in den kommenden Jahren 45 Milliarden Euro zusätzlich für die Sanierung des Schienennetzes bekommen – davon 12,5 Milliarden aus dem KTF. Ob dieses Geld wirklich kommt, muss nun bezweifelt werden. Mit weiteren 12,5 Milliarden will der Bund – eigentlich – das Eigenkapital der Bahn erhöhen. Auch hier: dickes Fragezeichen. Zudem stehen zahlreiche Programme des Bundesbauministeriums zur Disposition, berichtete der Nachrichtensender ntv. Die Rede ist von Projekten im Wert von rund 2,3 Milliarden Euro. Ebenfalls fragwürdig: die Strompreiskompensation, die Förderung von Chip- und Batteriezellenfabriken, grünem Stahl und weitere klima- und industriepolitische Projekte.

Nach den ersten Schockwellen müssen die Weichen jetzt dringend in eine Richtung gestellt werden, die schon vor dem höchstrichterlichen Urteil angedacht war: Die „große Entrümpelung“, wie die FAZ so treffend titelte, muss jetzt kommen. Heißt: Im Bau muss es überall schneller gehen – jetzt erst recht! Die notwendige Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung zwischen Bund und Ländern ist vor dem Hintergrund des gewaltigen Finanzlochs noch wichtiger geworden. Tatsächlich sollen die ersten Ergebnisse dazu schon im ersten Quartal 2024 vorliegen. Der Effekt, dass die zur Beschleunigung notwendige Entbürokratisierung, die Vereinfachung und Verkürzung bei Vergaberecht und Auftragswesen, der Verzicht auf Umweltverträglichkeitsprüfungen oder die Eindämmung von Klagen auch zu Kosteneinsparungen führen, macht den Transformationsprozess jetzt noch interessanter.

JUTTA BEEKE WIEDERGEWÄHLT

Im Rahmen der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses (SPA) des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie wurde Jutta Beeke, Geschäftsführende Gesellschafterin der Echterhoff Bau-Gruppe, von den Delegierten einstimmig in ihrem Amt bestätigt und für weitere vier Jahre gewählt. Sie ist damit gleichzeitig Vizepräsidentin des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie.

Jutta Beeke ist weiterhin Vorsitzende der Sozialpolitischen Vertretung (SPV) des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen.



Jutta Beeke, Geschäftsführende
Gesellschafterin der Echterhoff Bau-Gruppe
©HDB/Bollhorst

WOHNUNGSBAU RUTSCHT AB

Der Wohnungsbau rutscht in Deutschland immer weiter in die Krise. Nachdem das Ifo-Institut kürzlich vor einer Stornierungswelle warnte, machen auch die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamts den Bauunternehmen wenig Mut: Von Januar bis September brach die Zahl der Baugenehmigungen um 28,3 Prozent ein.

Keine guten Nachrichten für die Branche, denn die Genehmigungen geben eine düstere Vorahnung davon,

was in Zukunft gebaut wird – oder eben nicht. Somit rücken die 400000 Wohnungen, die Bauministerin Klara Geywitz jährlich schaffen will, in immer weitere Ferne. Für dieses Jahr hat die SPD-Politikerin das Ziel schon zusammengestrichen. Und die Aussichten sind trüb: Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft (GdW) warnt davor, dass 2024 etwas über 200000 Wohnungen und 2025 sogar weniger als 200000 fertiggestellt werden könnten, wenn die Bundesregierung nicht gegensteuert.

Klimaschutz ist ein sehr wichtiges Thema

Im Gespräch mit Jörn P. Makko, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen

Am 1. August dieses Jahres ist die Ersatzbaustoffverordnung in Kraft getreten. Damit war allgemein die Erwartung verbunden worden, dass der Einsatz von Recycling-Baustoffen verstärkt wird. Werden sich diese Erwartungen Ihrer Einschätzung nach erfüllen?

Jörn P. Makko: Für eine tragfähige Aussage ist es wenige Monate nach Inkrafttreten naturgemäß noch zu früh. Ungeachtet dessen muss man aber klarstellen, dass der Anwendungsbereich der Ersatzbaustoffverordnung in mehrfacher Hinsicht begrenzt ist.

Zum einen regelt die Verordnung nur die Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke, worunter vor allem die klassischen Bauten des Straßen- und Tiefbaus zu verstehen sind. Der gesamte Hochbaubereich wird dagegen gar nicht erfasst, so z.B. die Verwendung von RC-Beton im Gebäudebereich. Zum anderen ist das wesentliche Ziel der Ersatzbaustoffverordnung nicht die Erhöhung der Recycling-Quoten, sondern die bestmögliche Verwertung von mineralischen Abfällen unter Beachtung neuer Erkenntnisse des Grundwasser- und Bodenschutzes. Dies steht einer Erhöhung der Verwertungsquoten von mineralischen Bauabfällen, die ja ohnehin schon über 90 Prozent liegt, tendenziell eher entgegen.

Gibt es schon Reaktionen aus dem Kreis der Mitgliedsunternehmen im Hinblick auf die Anwendung der Ersatzbaustoffverordnung in der Praxis?

Jörn P. Makko: Die bisherigen Anfragen aus dem Kreis unserer Mitgliedsunternehmen betrafen weniger die Frage der veränderten Einbaubedingungen für mineralische Ersatzbaustoffe in technische Bauwerke als vielmehr Probleme bei der Vergabe von Bauleistungen, bei denen die Entsorgungspositionen nicht unter Beachtung der neuen Regeln der Ersatzbaustoffverordnung formuliert wurden. Während große öffentliche Auftraggeber, wie z.B. die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und die Autobahn GmbH, Niederlassung Nord-West sich intensiv mit dem neuen Regelwerk beschäftigt haben, scheint bei vielen kommunalen Auftraggebern noch nicht einmal die Existenz der Ersatzbaustoffverordnung bekannt zu sein.

Probleme haben sich kurioserweise aber auch dann für die Unternehmen ergeben, wenn die Ersatzbaustoffverordnung bei der Ausschreibung beachtet wurde. Es hat sich nämlich gezeigt, dass der wichtige Verwertungsweg für Bodenaushub, nämlich die Verfüllung von Abgrabungen, weiter-

hin nach der alten Rechtslage verfährt.

Hintergrund ist, dass Verfüllungen gar nicht von der Ersatzbaustoffverordnung, sondern von der neuen Bodenschutzverordnung erfasst werden, die ihrerseits eine Übergangsfrist für die Verfüllmaßnahmen bis zum Jahr 2031 enthält.

Dies hat dazu geführt, dass die genannten großen öffentlichen Auftraggeber Doppelanalysen des Bodenmaterials nach alter Rechtslage und neuer Rechtslage, d.h. der Ersatzbaustoffverordnung, durchführen müssen, um Bauablaufstörungen durch Probleme bei der Entsorgung zu vermeiden.

Dies dürfte sich im Hinblick auf die Baukosten eher erhöhend auswirken. Gilt dies auch für andere Regelungen der Ersatzbaustoffverordnung?

Jörn P. Makko: Davon muss man leider ausgehen. Die Ersatzbaustoffverordnung enthält umfangreiche Anforderungen an die Herstellung von mineralischen Ersatzbaustoffen in mobilen und stationären Anlagen sowie den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke.

Für den erstgenannten Bereich wird ein bundeseinheitliches System der Güteüberwachung für Aufbereitungsanlagen eingeführt. Dies ist sicher sinnvoll unter dem Aspekt der Erhöhung der Akzeptanz für Recycling-Baustoffe, wobei es natürlich noch besser gewesen wäre, wenn man – wie in der ursprünglichen Fassung vorgesehen – den Output-Materialien auch noch die Produkteigenschaft zugesprochen hätte. Ein solches System der Güteüberwachung bedeutet aber natürlich auch einen erhöhten Aufwand in den Recycling-Betrieben. Dies betrifft insbesondere die mobilen Aufbereitungsanlagen. Wir befürchten, dass viele davon nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können und somit ein besonders kostengünstiger Weg des Baustoff-Recyclings entfallen wird.

Auch für den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen sieht die Verordnung eine ganze Reihe von Voraussetzungen vor, die tendenziell ebenfalls kostenerhöhend wirken. Dies gilt insbesondere auch für die in der Verordnung vorgesehenen Dokumentations- und Nachweispflichten, die zudem den bürokratischen Aufwand in die Höhe treiben.



Jörn P. Makko,
Hauptgeschäftsführer
des Bauindustrieverbandes
Niedersachsen-Bremen

Fortsetzung auf Seite 4



Weiteres aktuelles Thema ist derzeit die Frage des Klimaschutzes im Baubereich. Dies betrifft in erster Linie den Betrieb von Gebäuden, aber zunehmend auch die Phase der Bauausführung. Welche Potentiale sehen Sie in diesem Bereich?

Jörn P. Makko: Klimaschutz ist für die Bauindustrie ein sehr wichtiges Thema. Der Anteil der reinen bauausführenden Tätigkeit an den CO₂-Emissionen eines Gebäudes liegt bezogen auf den gesamten Lebenszyklus in einem sehr kleinen einstelligen Bereich. Weit über 95 Prozent der CO₂-Bilanz werden durch die verwandten Baustoffe, vor allen Dingen Beton und Stahl einerseits sowie durch den Betrieb des Gebäudes andererseits bestimmt. Auf beides haben Bauunternehmen – wenn überhaupt – kaum Einfluss. Dies bedeutet aber nicht, dass wir die Hände in den Schoss legen.

Die Unternehmen versuchen, ihre Betriebsabläufe so zu organisieren, dass CO₂-Emissionen verringert werden. Des Weiteren werden zunehmend Techniken für neue Bauweisen entwickelt, die den CO₂-Ausstoß verringern.

Lässt sich im Hinblick auf den zuletzt von Ihnen angesprochenen Gesichtspunkt das Vergaberecht nutzen, um den Klimaschutz voranzubringen?

Jörn P. Makko: Das Vergaberecht ermöglicht bereits jetzt umfassend die Berücksichtigung auch von Klimaschutzaspekten bei der Entscheidung darüber, wer den Auftrag erhält.

Das bisher noch nicht befriedigend gelöste Problem besteht darin, wie konkret Klimaschutzaspekte unter Berücksichtigung der vergaberechtlichen Prinzipien wie Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Kontrollierbarkeit einbezogen werden können. Zudem erfordert dies auch in den Vergabestellen ausreichend qualifiziertes Personal, das gerade bei kleinen öffentlichen Auftraggebern nicht mehr vorhanden ist. Man muss auch sehen, dass die Einbeziehung von Klimaschutzaspekten in Vergabeverfahren in einem gewissen Spannungsverhältnis zu der auch von öffentlichen Auftraggebern immer wieder und vehement erhobenen Forderung nach einer Entbürokratisierung und Vereinfachung des Vergaberechts steht.

Alfred Döpker gewinnt Großen Preis des Mittelstandes

Die Alfred Döpker GmbH, Oldenburg, wurde mit dem "Großen Preis des Mittelstandes" der Oskar-Patzelt-Stiftung ausgezeichnet.

Bereits 2021 wurde das Unternehmen als „Finalist“ geehrt.

Seit 1994 zeichnet die Oskar-Patzelt-Stiftung mittelständische Unternehmen aus, die sich durch herausragende unternehmerische Leistungen und gesellschaftliche Verantwortung auszeichnen. Ein Wettbewerb, der auf Respekt, Achtung und die Förderung der Mittelstandsstruktur ausgerichtet ist.

In diesem Jahr war das "Team Döpker" zum vierten Mal für den Großen Preis des Mittelstandes nominiert und hat den Preis gewonnen.

Von der Stiftung besonders hervorgehoben wurde das kontinuierliche Engagement und der Gewinnung von Fachkräften, die Weitsicht in Bezug auf Marktveränderungen und die Innovationskraft, die sich beispielhaft in der Digitalisierung der Arbeitsabläufe durch ein ganzheitliches ERP-System zeigt.



v.l. M. Meyer, Kalkulation und C. Schaefer, Geschäftsführung

IMPRESSUM

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen e. V.
Eichstraße 19 | 30161 Hannover
T +49 511 34834-0 | E info@bauindustrie-nord.de

oeding print GmbH
Erzberg 45 | 38126 Braunschweig
T +49 531 48 015-0 | E info@oeding-print.de

Verantwortlich: Jan Hetebrügge
Nachdruck, auch auszugsweise gestattet.
Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.